

## **Zukunft braucht Visionen !**

Der Sozialstaat in seiner heutigen Form steckt in der Krise, davor kann niemand mehr die Augen verschließen. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sind deshalb dringend zum Handeln aufgefordert. Mit den Reformen durch die „Riester-Rente“, den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von „Hartz IV“ oder den Vorstellungen eines zukünftigen System der Krankenversicherung stehen ganz unterschiedliche Vorschläge auf der Tagesordnung. Allen ist dabei eines gemeinsam: ihnen fehlen grundlegende Visionen für eine zukünftige gerechte und solidarische Gestaltung unserer Gesellschaft. Unser Land braucht neue Ideen und kann es sich nicht leisten, alten und überholten Traumzielen wie z.B. dem der Vollbeschäftigung oder dem stetig anhaltenden wirtschaftlichen Wachstum hinterher zu laufen.

„Solidarität - Chance für die Zukunft“ heißt die Vision, die die Jugendverbände im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) formuliert haben. Anhand konkreter Kritikpunkte an den aktuellen Lebensverhältnissen in Deutschland setzt der BDKJ mit seiner Vision der Krise des Sozialstaates ein Modell entgegen, das soziale Ungerechtigkeiten überwindet und Solidarität und Gerechtigkeit mit den belebenden Elementen einer sozialen Marktwirtschaft verknüpft. Bestehenden Formen sozialer Ungerechtigkeiten werden adäquate Lösungsansätze entgegengestellt.

Die Diözesanversammlung des BDKJ im Erzbistum Berlin formuliert aus dieser Vision heraus die folgenden Forderungen an die Politik in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Im heutigen föderalen System haben insbesondere auch die Länder eine Verantwortung für eine gerechte und soziale Struktur in der Bundesrepublik:

- Die Sicherung der Existenz kann nicht mehr allein durch Erwerbsarbeit abgesichert werden. Vollbeschäftigung ist als politisches Ziel in den heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen nicht mehr zu erreichen und darf deshalb nicht weiter Wunschvorstellung im politischen Handeln sein. Ein wirkliches Zukunftsmodell muss weit darüber hinaus denken.
- Neben der Erwerbsarbeit müssen ehrenamtliches und freiwilliges Engagement gemeinsam mit Familienarbeit und Bildungsanstrengungen als gesellschaftlich notwendige Arbeiten gleichberechtigt anerkannt und strukturell abgesichert werden.
- Die Umverteilung in den sozialen Sicherungssystemen darf nicht weiter an den individuellen Risiken der Einzelnen ausgerichtet sein. Die Kranken- und Pflegeversicherung muss deshalb als allgemeine Kasse gestaltet werden, in die jede und jeder Versicherte den gleichen prozentualen Anteil seines Einkommens bezogen auf alle Einkommensarten entrichtet.
- Aufgabe der Politik muss es sein, positive Lebensbedingungen für Familien durch die Sicherung ihrer materiellen Existenz und einer bedarfsgerechten Struktur ihrer Unterstützung zu schaffen. Kinder dürfen nicht mehr ein Armutsrisiko in unserem Land sein.
- Der Zugang zu Bildung, zur dualen Ausbildung und zum Studium muss erweitert und flexibler gestaltet werden. Dabei muss vor allem auch der Bedarf an Kompetenz und Eignung für den freiwilligen und ehrenamtlichen Bereich in den Blick genommen werden.

**Beschlossen von der Diözesanversammlung des BDKJ im Erzbistum Berlin am 26.Oktober 2004.**